

1 **Antrag des CDU-Kreisvorstandes zur Mitgliederversammlung der CDU Gelsenkirchen am 08.**  
2 **Februar 2020:**

3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

4 „Die CDU Gelsenkirchen verurteilt das Abstimmungsverhalten der Kolleginnen und Kollegen der  
5 CDU-Landtagsfraktion in Thüringen bei der Wahl des Ministerpräsidenten zutiefst. Niemals darf  
6 sich ein Regierungschef von Extremisten, auch nicht in schwierigen Mehrheitssituationen, auch  
7 nicht zufällig, wählen lassen, nicht durch Tolerierung oder erst recht nicht mit den Stimmen der  
8 CDU. Jedwede Kooperation, Zusammenarbeit, Duldung oder Koalition mit der AfD ist für  
9 Christdemokraten inakzeptabel. Zu einer Situation wie in Thüringen hätte es nie kommen dürfen.  
10 Nie dürfen Extremisten Einfluss auf die Bildung von Regierungen haben, nicht in den Ländern,  
11 nicht in der Bundesregierung. Nach der Ermordung unseres Freundes Walter Lübcke, in Zeiten  
12 rechtsextremer Hetze muss der Kompass der CDU klar sein: Die AfD ist nicht bürgerlich, sie ist der  
13 Feind unserer freiheitlichen Grundordnung.

14 Wir haben als CDU immer ganz deutlich gesagt: Es gibt keine Zusammenarbeit – nicht mit der  
15 Linken und nicht mit der AfD. Dies gilt in Gelsenkirchen genauso, wie im Rest unserer Republik.  
16 Aus diesem guten Grund hat die CDU in Thüringen auch keinen eigenen Kandidaten für das Amt  
17 des Ministerpräsidenten aufgestellt. Denn es war klar, dass ein solcher aufgrund der  
18 Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag nur mit den Stimmen der AfD gewählt werden  
19 könnte. Das war die einhellige Einschätzung der Spitzengremien unserer CDU in Bund und Land.

20 Das Verhalten von Abgeordneten der CDU-Fraktion in Thüringen im dritten Wahlgang geschah  
21 ausdrücklich gegen die Empfehlungen der Parteispitze unserer CDU und gegen bestehende  
22 Beschlusslagen unseres Bundesparteitags. Wir verurteilen dieses Verhalten daher zutiefst und  
23 halten es für grob falsch.

24 Es gibt – in Gelsenkirchen durch den CDU-Kreisparteitag zuletzt im Sommer 2019 genauso wie im  
25 Bund durch den CDU-Bundesparteitag - eine ganz klare Beschlusslage zu der wir stehen und die  
26 wir hiermit erneuern. Diese Beschlusslage heißt: Es gibt keine Zusammenarbeit mit der Linken und  
27 der AfD. Das ist der Maßstab, den wir mit aller Konsequenz an jedes weitere Verhalten der  
28 Verantwortlichen in Thüringen anlegen werden.

29 Es gibt keine stabile Grundlage für den jetzt gewählten Ministerpräsidenten. Nach den eindeutigen  
30 Aussagen von SPD und Grünen ist klar: dieser Ministerpräsident hat nur eine parlamentarische  
31 Mehrheit durch die AfD; dies schließt jede Zusammenarbeit mit diesem Ministerpräsidenten aus –  
32 denn das würde unseren Grundwerten widersprechen. Außerdem muss sich der neu gewählte  
33 Ministerpräsident die Frage stellen, ob er ein Ministerpräsident von Gnaden von Extremisten sein  
34 will.

35 Wir sind der Überzeugung, dass aus dieser Situation ein sauberer und demokratischer Weg  
36 gefunden werden muss. Wir begrüßen die Linie des CDU-Präsidiums und des CDU-  
37 Bundesvorstandes und fordern, schnell und nachhaltig Konsequenzen aus den Vorgängen in  
38 Thüringen zu ziehen, um weitere Schäden an unserer CDU abzuwenden und die Basis für eine  
39 demokratische Zusammenarbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger auch in Thüringen  
40 wiederherzustellen.“